

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

19.06.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 5-10

Schriftführung

Hans-Jörg Fedder

Telefon-Nr.

02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss

Sitzung am Donnerstag, 11.05.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:37 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.03.2017 - öffentlicher Teil**
0210/2017
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
hier: Trägerwechsel OGS
0211/2017
- 6 **Jahresbericht 2016 des Projekts "Stand uP" der GL Service gGmbH**
0204/2017
- 7 **Sachstand zu den Vereinbarungen nach § 72a Abs.4 SGB VIII**
0185/2017
- 8 **Überarbeitung der städtischen Fördermöglichkeiten in der Familienbildung**
0187/2017
- 9 **Ergänzungen und Änderungen der „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege“ zum 01.08.2017**
0176/2017
- 10 **Neue Kindertagesstätte in Frankenforst**
- Weiterentwicklung des Projektes und Trägersauswahl
0213/2017
- 11 **Förderung von Sanierungsmaßnahmen in der Kindertagesstätte "Dreckspatz", Hoppersheider Weg 24a, 51467 Bergisch Gladbach**
0184/2017
- 12 **Mehrkostenförderung für den Neubau der DRK-Kindertagesstätte In der Taufe 13, 51427 Bergisch Gladbach**
0195/2017
- 13 **Trägersauswahl für den "Tageskinder Treffpunkt TKT"**
0182/2017
- 14 **Städtische Förderung der Miete für die zusätzlichen 16 Plätze in der evangelischen Kindertagesstätte "Arche Noah"**
0178/2017
- 15 **Anträge**
- 15.1 **Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2017 zur Randstundenbetreuung Kindertagesstätten**
0208/2017
- 16 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Münzer begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode. Sie gibt bekannt, welche Ausschussmitglieder entschuldigt fehlen. Die Anwesenheit ergibt sich aus dem Teilnehmerverzeichnis, *Anlage 1*. Sodann stellt Frau Münzer die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau Münzer teilt mit, dass das Fest der Kulturen nicht zeitgleich mit dem Weltkindertag stattfindet, sondern am 24.09.

Mit dieser Korrektur wird die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.03.2017 – öffentlicher Teil genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.03.2017 - öffentlicher Teil 0210/2017

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Münzer trägt keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters hier: Trägerwechsel OGS 0211/2017

Frau Schlich erläutert und ergänzt die Vorlage wie folgt:

- Für die OGS Heidkamp wurde mit dem DRK Einigung für die Kooperation erzielt.
- Der Förderantrag für das Stadtteilhaus im Hermann-Löns-Viertel wurde abgelehnt. Ein weiterer Förderantrag für das Landesprogramm „Starke Quartiere – Starke Menschen“ hatte nach Mitteilung der Bezirksregierung keine Aussicht auf Erfolg. Daher habe die Verwaltung des Jugendamtes die Idee entwickelt, das Stadtteilhaus mit einer dreigruppigen Kindertagesstätte ähnlich wie das ZAK im Bockenbergl zu kombinieren. Dafür könnten Investitionsmittel für den Bau von Kindergärten beantragt werden. Die Planung dafür wird derzeit begonnen; mit dem katholischen Jugendamt wird eng zusammengearbeitet.

Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) möchte wissen, ob übergangsweise der Bauwagen wieder in der „Kleinen Mitte“ aufgestellt werden kann, damit für die Kinder ein Angebot zur Verfügung steht. Frau Schlich bedauert, diese Frage derzeit nicht beantworten zu können. Möglicherweise könne aber auch ein Container aufgestellt werden.

- Frau Schlich berichtet über die Versorgung mit OGS-Plätzen insbesondere an der GGS Wittenbergstraße.

Herr Bertenrath (Vertreter der Schulen) spricht sich für eine intensivere Zusammenarbeit mit den Schulen aus. In der weiterführenden Schule erfolgt die Betreuung ausschließlich in den schulischen Räumen. Die Schulleitungen hätten ein Interesse daran, dass OGS-Plätze zur Verfügung stehen. Frau Schlich erklärt, die Verwaltung sei bereit, auf die Schulleitungen zuzugehen. Problematisch für manche Schulen sei, das nachmittags ganz andere Kinder die Klassenzimmer nutzen als vormittags.

Frau Meinhardt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) befürwortet aus Sicht der Eltern eine größere Flexibilität in der Platzbelegung (Teilung von Plätzen).

Herr Buchen (CDU-Fraktion) sieht den Fehler darin, dass nach der Entlassung aus dem Kindergarten kein Rechtsanspruch auf Betreuung mehr besteht. Inzwischen finanziert die Stadt so viele OGS-Plätze wie sie kann. Bei den Räumlichkeiten sei die Stadt am Ende ihrer Möglichkeiten. Neben kurzfristigen und baulichen Lösungen begrüßt er weitere Möglichkeiten wie Randstundenbetreuung. Geprüft werden können auch die Kriterien, wie die vorhandenen OGS-Plätze zugeteilt werden.

Frau Schmitz (DPWV) sieht Träger und Mitarbeiterinnen als weitere Beteiligte an der OGS. Für Kinder wird Schule immer stärker Lebensraum. Auch die Kinder hätten ein Anrecht darauf zu entscheiden, was sie in der Schule wahrnehmen möchten.

Herr Kreutz (SPD-Fraktion) verweist darauf, dass die Bevölkerungsentwicklung regelmäßig die Bevölkerungsprognose übertrifft. Er geht davon aus, dass bei der Ausweisung von Neubaugebieten nicht genug auf ausreichende Betreuungsplätze geachtet wird. Erforderlich sind mittelfristige Planungen. Unstreitig sei die zu geringe Finanzierung durch Land und Bund. Die Verwaltung hat zugesagt, eine Liste aufzustellen, wo Investitionen in Räume sinnvoll und notwendig sind. Diese Liste soll Entscheidungsgrundlage für Finanzierungsentscheidungen in Rat und Ausschüssen sein.

Frau Schlich erklärt, die von Herrn Kreutz angesprochene 2012 festgelegte Versorgungsquote von 74 % beruhe auf seinerzeit zurückgehenden Kinderzahlen. Diese Entwicklung habe sich inzwischen geändert. Die Verzögerung in der baulichen Versorgung mit zusätzlichen Räumen und der Erstellung eines Planes liege auch in der Überlastung des Fachbereichs 8. Sehr viele bauliche Möglichkeiten würden sich nach ihrer Auffassung nicht mehr finden lassen. Auf die Dauer sehe sie die Entwicklung zum gebundenen Ganztags und Schwierigkeiten bei der Essensversorgung der Kinder.

Frau Holz-Schöttler sieht eine Begegnung von Schule und Jugendhilfe nur vereinzelt auf Augenhöhe. Grundschullehrer würden sich im Bereich der OGS nicht öffnen. Dort wie auch bei den Eltern sei Aufklärungsarbeit erforderlich.

Der Aufbau einer Randstunde erfordere eine umfangreiche Logistik und stelle für die Mitarbeiter eine Doppelbelastung dar. Die OGS sei als zusätzliche Bildungsmöglichkeit der Kinder entwickelt worden, nicht als Betreuung.

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) erinnert daran, dass sich Bergisch Gladbach für eine besondere Bildungsaufgabe und für eine höhere Quote als vom Land vorgegeben entschieden habe. Die

Schwierigkeiten der Eltern seien verständlich, wenn nach der Unterbringung im Kindergarten die Kinder in der ersten Grundschulklasse nur drei Stunden täglich unterrichtet werden. Sie erinnert an das gute Programm „Verlässliche Grundschule bis 1“. Sie hoffe auf ein solches Programm mit Lehrerstellen. Auch Schulen benötigen mehr Räume für zusätzliche Angebote.

Auf Anfrage Frau Scheerers (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) nach einer etwas längerfristigen Planung des Betreuungsbedarfs von Grundschulern durch eine Befragung der Eltern fünfjähriger Kinder verweist Frau Schlich auf Überlegungen zu einer Integrierten Planung. In Schreiben an Eltern zur Schulwahl soll auch das Thema OGS angesprochen werden. Zu Beginn der OGS sei der Bedarf nicht halb so groß gewesen.

Die Randstundenbetreuung und ähnliche Programme werden nicht mehr vom Land gefördert. Sie berichtet über ein Schreiben der EGS Bensberg mit kurzfristigen Maßnahmen, die vor der Einrichtung zusätzlicher OGS-Plätze erledigt werden müssten. Der Brief sei bereits im März verfasst worden; ein Teil der Forderungen sei bereits überholt oder wurde erledigt. Die restlichen Fragen würden abgearbeitet.

- Herr Zenz berichtet über „Kein Kind zurücklassen“. Der Rheinisch-Bergische Kreis hat für die kommunale Koordination Frau Zwicker und Frau Krämer beauftragt. Zu diesem Thema hatte der Landrat zu einem Gespräch eingeladen. In diesem Gespräch habe man sich auf die Umsetzung dieses Programms in den Gemeinden und Städten des Rheinisch-Bergischen Kreises verständigt. Die Steuerung des Projektes werde bei den Sozialdezernenten angesiedelt. Die Träger würden ebenfalls beteiligt. Der Sozialdezernent des Kreises werde noch vor den Sommerferien zu einem Treffen einladen.

6. **Jahresbericht 2016 des Projekts "Stand uP" der GL Service gGmbH**
0204/2017

Der Bericht wird unter Beifall des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

7. **Sachstand zu den Vereinbarungen nach § 72a Abs.4 SGB VIII**
0185/2017

Frau Scheerer bedauert die geringe Zahl der Vereine, die die Vereinbarung unterschrieben haben.

Herr Zenz erläutert daraufhin die Vorlage und verweist auf den erforderlichen Zeitaufwand. Er bittet die Ausschussmitglieder, in ihren Vereinen und Verbänden für den Abschluss der Vereinbarung zu werben.

Mit den vorgetragenen Ergänzungen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

8. **Überarbeitung der städtischen Fördermöglichkeiten in der Familienbildung**
0187/2017

Auf Anfrage Frau Meinhardts bestätigt die Verwaltung, dass Schüler, Studierende und Auszubildende nicht zur Zielgruppe gehören und deshalb aus der Liste gestrichen wurden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Im Rahmen der vom Rat bereit gestellten Mittel erhalten Familien, die Leistungen nach dem SGB II oder XII bzw. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen, eine Ermäßigung der Kursgebühren der anerkannten Familienbildungsstätten in Bergisch Gladbach von 80 %.

Im Rahmen der vom Rat bereit gestellten Mittel erhalten Eltern mit Kindern im ersten Lebensjahr über die Eltern-Begleit-Mappe für die Buchung eines Eltern-Kind-Kurses in einer der anerkannten Familienbildungsstätten in Bergisch Gladbach einen Gutschein über 35 €.

9. **Ergänzungen und Änderungen der „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege“ zum 01.08.2017**
0176/2017

Herr Buchen betont die Wichtigkeit der Förderung der Großtagespflegestellen. In die jährliche Vorlage über die Planung für das jeweils kommende Kindergartenjahr solle aufgenommen werden, wie viele Großtagespflegestellen im Selbständigenmodell im kommenden Jahr geplant würden. Dies sei dann Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses, ohne dass es eines Einzelbeschlusses bedürfe.

Herr Köchling spricht sich gegen die „Ergänzung der Richtlinien um Teil II „Förderung von Großtagespflege““ (Ziffer 7. der Sachdarstellung) aus. Die AG Jugendhilfe habe in ihrer letzten Sitzung über geeignete Maßnahmen nachgedacht, die Qualitätsanforderungen an die Großtagespflege klarer zu formulieren. In der nächsten oder übernächsten Sitzung würde hierzu ein Vorschlag unterbreitet. Heute würde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Frau Scheerer verweist auf einen Zeitungsartikel vom 05.05. über die Klage einer Tagesmutter aus Overath. Die Stadt Overath würde einen Stundensatz von lediglich 4,10 € zahlen. Auf ihre Frage hin berichtet Herr Zenz, der indexierte Stundensatz in Bergisch Gladbach betrage 4,92 € vom 01.08.2017 an. Er steige jedes Jahr um 1,5 % oder entsprechend der Bestimmung im KiBiz.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei vier Enthaltungen)

Die Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege sowie die Ergänzung um den Teil II „Förderung von Großtagespflege im Selbständigenmodell“ werden beschlossen und treten zum 01.08.2017 in Kraft.

10. **Neue Kindertagesstätte in Frankenforst**
- Weiterentwicklung des Projektes und Trägerauswahl
0213/2017

Auf Anfrage Frau Lehnerts, die diese Vorlage begrüßt, nach Überlegungen im Zusammenhang mit dem Raumprogramm zu einer möglichen gemeinschaftlichen Raumnutzung erklärt Frau Schlich, im konkreten Fall sei eine gemeinschaftliche Raumnutzung wegen der geringen Fläche kaum möglich. Aufgrund der vorangegangenen Nutzung des Containers als Klassenraum und Flüchtlingsunterkunft sei dessen verbleibende Nutzungsdauer nicht einschätzbar. Sie hoffe aber immer noch auf eine Möglichkeit, auf dem Grundstück eine feste Kindertagesstätte bauen zu können.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwirklichung der Kindertagesstätte in den Containern Im Schlangenhöfchen voranzutreiben und zur Entscheidung über den zukünftigen Träger der neuen Kindertagesstätte ein Interessenbekundungsverfahren gem. Anlage unter den freien Trägern der Jugendhilfe durchzuführen und dem Jugendhilfeausschuss das Ergebnis in seiner Sitzung im Juni 2017 mit dem Maßnahmenbeschluss zur Beschlussfassung vorzulegen.

11. **Förderung von Sanierungsmaßnahmen in der Kindertagesstätte "Dreckspatz", Hoppersheider Weg 24a, 51467 Bergisch Gladbach**
0184/2017

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Kindertagesstätte „Dreckspatz“ e.V. wird ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 100% der Gesamtkosten für die erforderlichen Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen bewilligt. Die Gesamtkosten sowie der Zuschuss betragen 33.078,65 €.

12. **Mehrkostenförderung für den Neubau der DRK-Kindertagesstätte In der Taufe 13, 51427 Bergisch Gladbach**
0195/2017

Frau Scheerer möchte wissen, warum die erforderliche Verlegung der Lehrerparkplätze nicht vorher bekannt gewesen sei. Frau Schlich bedauert die Entwicklung und teilt mit, dass ursprünglich eine Verlegung der Lehrerparkplätze in den Wendehammer überlegt wurde. Diese Möglichkeit habe sich leider zerschlagen. Die übrigen Mehrkosten entstanden durch deutlich umfangreichere, nicht vorhersehbare Erdarbeiten und allgemeine Kostensteigerungen. Sie lobt die Arbeit des Architekten und regt an, dass sich die Ausschussmitglieder die Kindertagesstätte nach deren Fertigstellung anschauen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem DRK-Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. wird antragsgemäß für die Mehrkosten beim Bau (193.269,90 €) der Kindertagesstätte „In der Taufe“ und für die Verlagerung der Lehrerparkplätze (42.296,66 €) ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 100% der Gesamtkosten in Höhe von 235.566,56 € gewährt. Dem Antrag wird vorbehaltlich des Prüfungsergebnisses über die Angemessenheit und die Unabweisbarkeit der Kosten durch den Fachbereich 8-651 zugestimmt.

13. Trägerauswahl für den "Tageskinder Treffpunkt TKT"
0182/2017

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Trägerschaft für den „Tageskinder Treffpunkt TKT“ Paffrather Straße 16 wird dem Träger Deutsches Rotes Kreuz, DRK-Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. übertragen.

14. Städtische Förderung der Miete für die zusätzlichen 16 Plätze in der evangelischen Kindertagesstätte "Arche Noah"
0178/2017

Frau Lehnert verlässt befangen den Sitzungsraum.

Frau Scheerer spricht sich für die Änderung des Beschlussvorschlages wie folgt aus: „ . . . Der Förderbetrag muss dem Betrieb der Kindertagesstätte zu Gute kommen . . .“ Herr Zenz begründet die vorgeschlagene Regelung, die sich im Hinblick auf die Begründung auf die Investitionskosten des Trägers bezieht. Für den Träger sei klar, dass er diese Gelder für bisher alleine finanzierte zusätzliche Personalstunden einsetzt. Frau Schlich befürchtet, dass ohne diesen Beschluss die Schließung einer Gruppe droht.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Für die im Gebäude der evang. Kindertagesstätte Arche Noah zusätzlich zur Verfügung gestellten gemeindlichen Räumlichkeiten zum Betrieb von 16 Kindertagesstättenplätzen erhält die Evangelische Kirchengemeinde Bensberg ab dem Kindergartenjahr 2017/ 2018 einen Förderbetrag analog eines Mietkostenzuschusses in Höhe von 5.259,35 €. Der Förderbetrag wird in der Erwartung gezahlt, dass der Betrag dem Betrieb der Kindertagesstätte zu Gute kommt. Die Förderung wird analog § 7 der Durchführungsverordnung zum KiBiz indexiert.

Frau Lehnert kehrt in den Sitzungsraum zurück.

15. Anträge

Über den nachfolgenden Antrag hinaus werden keine weiteren Anträge gestellt.

15.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2017 zur Randstundenbetreuung Kindertagesstätten
0208/2017

Frau Meinhardt regt eine Abfrage über Little Bird an. Frau Schlich verweist zunächst darauf, dass die katholischen Einrichtungen immer noch nicht an Little Bird teilnehmen. Eine Finanzierung außerhalb der Zeit zwischen 7.00 Uhr und 17.00 Uhr sei nicht möglich. Weder könnten die Träger

weitergehende Betreuungszeiten finanzieren noch sei mit Zuschüssen des Landes zu rechnen. Eine ausschließlich Finanzierung durch die Stadt sieht sie derzeit nicht. Frau Schlich erläutert sodann die Vorlage.

Herr Droege (katholische Kirche) verweist auf den guten Dialog zwischen Jugendamt und Trägern. Er spricht sich gegen eine Umfrage aus, deren Ergebnisse nicht umsetzbar sind. Er sieht bei der OGS einen größeren Bedarf als im Bereich der Kindertagesstätten. Als Träger komme er den Eltern im Rahmen der Möglichkeiten entgegen.

Herr Buchen verweist nochmals auf die jährliche Vorlage zur Kindertagesbetreuung und geht auf die zahlreichen über die Vorgaben des Landes hinausgehenden Gruppenformen ein. Eine weitere Ausgestaltung im Sinne des Antrages halte er aber für nicht möglich. Aus den bereits genannten Gründen lehnt auch Herr Buchen den vorliegenden Antrag ab.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Holz-Schöttler berichtet über ein Gespräch mit der Schulleitung der GGS An der Strunde über ein neues Projekt „Chris“ der Caritas. Sie möchte wissen, um was es sich dabei handelt und ob dieses Projekt dem Jugendhilfeausschuss erläutert werden kann. Herr Köchling teilt mit, bei diesem Projekt der Katholischen Erziehungsberatung handelt es sich um Hilfen für traumatisierte Kinder und Jugendliche. Es wird von Helfern und Angehörigen von Flüchtlingen in Anspruch genommen, mit eigenen Mitteln bestritten und von zwei Ministerien für ein Jahr gefördert. Frau Münzer ergänzt, dass die Bethe-Stiftung an der Förderung beteiligt ist.

Herr Droege möchte wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, dem Gladbacher Jugendrat einen Sitz im Jugendhilfeausschuss einzuräumen. Da sich der Jugendrat aus engagierten jungen Menschen zusammensetzt, die sich mit für sie interessanten Fragen beschäftigen, befürwortet er eine Vertretung im Jugendhilfeausschuss.

Frau Münzer schlägt vor, den Jugendrat einzuladen, um ihn kennenzulernen und um seine Ziele und Wünsche kennen zu lernen.

Frau Schlich berichtet über ein Gespräch mit den Initiatoren beim Bürgermeister. Bei diesem Gespräch habe sie ihre Bereitschaft erklärt, für Fragen jederzeit zur Verfügung zu stehen. Bis heute habe sich bei ihr niemand gemeldet. Die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses ist gesetzlich geregelt. Es gibt daher keine Möglichkeit, dem Jugendrat eine stimmberechtigte Mitgliedschaft einzuräumen. Für eine beratende Mitgliedschaft müsste die Jugendamtssatzung geändert werden. Diese Vorgehensweise würde aber mögliche weitere Änderungswünsche nach sich ziehen. Es sei aber durchaus möglich, zweimal jährlich den Jugendrat zur Berichterstattung in den Jugendhilfeausschuss einzuladen.

Frau Scheerer berichtet über eine Anmeldung zur Randstundenbetreuung in Schildgen, wo derjenige im Losverfahren ausschied. Sie möchte wissen, ob dieser Fall geklärt wurde oder ob man dort noch im Gespräch sei.

Frau Liebmann-Buhleier beantwortet diese Frage dahingehend, dass an der Auslosung alle Eltern teilnahmen, die sich um einen OGS- und einen Randstundenplatz sowie die Eltern, die sich ausschließlich um eine Randstunde bewarben. In diesem Verfahren habe die angesprochene Familie

keinen Platz bekommen. Sie steht auf dem zweiten Platz der Warteliste. Da immer wieder Eltern auf ihren Platz verzichten, kann diese Familie doch noch einen Platz bekommen.

Frau Meinhardt erklärt, nach ihrem Kenntnisstand sei Frau Werker nicht am Verfahren zum neuen Spielplatz am Forum-Park beteiligt gewesen. Sie – Frau Meinhardt – sei der Meinung, dass Frau Werker in solchen Fällen zumindest gehört werden sollte.

Frau Schlich erinnert daran, dass es sich beim Forum-Park um ein Projekt aus der Regionale handelt, an dem das Jugendamt nicht in der angesprochenen Form beteiligt war. Frau Meinhardt ist der Auffassung, dass zu Beginn der Regionale noch keine Spielgeräte ausgewählt wurden. Frau Schlich bedauert, keine befriedigende Antwort geben zu können.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt Frau Münzer den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.36 Uhr.

gez. Münzer
Vorsitzende

gez. Schriftführung